

# Bürgerinitiative nimmt Kampf gegen Gasbohren wieder auf

Bei einem Treffen in Marienthal haben Mitstreiter der Bürgerinitiative „Gegen Gasbohren Zehdenick-Gransee-Templin“ zum erneuten Anlauf für Gasbohrungen Stellung genommen

Von Bert Wittke

**Zehdenick.** Der Kampf der Bürgerinnen und Bürger gegen Pläne, in der Region Zehdenick nach Gas bohren zu wollen, wird weitergehen. Jüngste Ankündigungen, das Vorhaben fortsetzen zu wollen, haben all jene, die diese Pläne kategorisch ablehnen, wieder auf den Plan treten lassen.

Seit der Ankündigung von Jasper Resources, in Zehdenick wieder nach Erdgas suchen zu wollen, haben Gegner des Vorhabens die Aussagen des Unternehmens geprüft und bewertet. Am vergangenen Sonntag trafen sich rund 30 alte und neue Mitglieder der Bürgerinitiative „Gegen Gasbohren Zehdenick-Gransee-Templin“ in Marienthal, um erste Ergebnisse ihrer Recherarbeiten zusammenzutragen und zu bewerten.

Im Rahmen eines mündlichen Austausches untereinander äußerten sich zahlreiche Teilnehmer des Treffens dahingehend, dass viele Aussagen des federführenden Unternehmens Jasper Resources „falsch, unrealistisch und irreführend“ seien.

So unter anderem die Aussage, das Unternehmen habe das Aufsuchungsgebiet deutlich verkleinert. Wie dem Erlaubnis Antrag und der Aussage des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie zu entnehmen ist, sei das jetzt geplante Aufsuchungsgebiet mit dem Namen „Havel A“ mit 128 Quadratkilometern sogar noch 30 Quadratkilometer größer als das Erlaubnisgebiet „Zehdenick-Nord“ aus dem Jahr 2021. Seinerzeit war von einer Größe die Rede, die 98 Quadratkilometer beträgt.

„Havel A“ hat gewissermaßen die Form eines Trapezes, deren Eckpunkte in etwa die Orte Marienthal, Osterne, Krewelin und Kurtschlag sind. Damit wird folglich ausschließlich Zehdenicker Territorium von den neuen Gasbohrplänen berührt. Unabhängig davon, so wurde am vergangenen Sonntag in Marienthal deutlich, werden auch die Nachbarkommunen Templin und Gransee an ihren Protesten festhalten, weshalb es beim Namen für die Bürgerinitiative „Gegen Gasbohren Zehdenick-Gransee-Templin“ bleiben.

Wie die Bürgerinitiative in Marienthal weiter darlegte, „erscheinen die Aussagen über mögliche Gasfördermengen, im Vergleich zu Fördergebieten zum Beispiel im Bundesland Niedersachsen, „völlig unrealistisch“. Folglich seien auch Aussagen zum „bedeutenden Beitrag“ des Zehdenicker Gases zur



Ein Mitglied der Bürgerinitiative gegen das Gasbohren bringt ein Transparent ans Auto an.

FOTO: MARTINA BURGHARDT

Energiesicherheit und zu möglichen Steuereinnahmen für die Stadt Zehdenick eher unglaubwürdig. Die Tatsache, dass das Unternehmen Jasper Resources nur aus wenigen Mitarbeitern bestehe und offensichtlich weder am Unternehmenssitz in den Niederlanden noch in Oranienburg über Geschäftsräume und Personal verfügt, lasse, so die Meinung der Bürgerinitiative, erhebliche Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Firma aufkommen.

Jasper Resources verfüge nach derzeitigem Kenntnisstand nur über wenig Eigenkapital. Alle zukünftigen operativen Arbeiten, so sei recherchiert worden, würden an Fremdfirmen vergeben und von externen Investoren finanziert. Bevor überhaupt mit Gewinnen und Steuerzahlungen zu rechnen sei, so blickten die Mitstreiter der Bürgerinitiative voraus, müssen laut dem

Unternehmen rund 20 Millionen Euro in die weitere Erkundung und Probebohrung sowie viele weitere Millionen in eine mögliche Gasförderung, Aufbereitung und notwendige Vertriebsstrukturen investiert werden.

Die Bitte an das Unternehmen, der Bürgerinitiative den beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie eingereichten Erlaubnis Antrag zur Einsichtnahme und Prüfung zur Verfügung zu stellen, sei vom Geschäftsführer abgelehnt worden. Auch die Beantwortung der Frage, wie viele Mitarbeiter an den Unternehmenssitz in den Niederlanden und Oranienburg beschäftigt werden, sei inzwischen verweigert worden.

Damit werde nach Ansicht der Bürgerinitiative das offensiv propagierte Versprechen von Jasper Resources von einer besseren Kommu-

## 128

Quadratkilometer sei das jetzt geplante Aufsuchungsgebiet mit dem Namen „Havel A“. Eine Fläche so groß wie die dänische Urlaubsinsel Römö.

nikation mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und einer absoluten Transparenz aller Schritte des Unternehmens, schon ad absurdum geführt. Diese und weitere Aussagen des Unternehmens sollen nach Aussage der Bürgerinitiative durch Arbeitsgruppen, die beim jüngsten Treffen in Marienthal gebildet wurden, weiter recherchiert, bewertet und öffentlich gemacht werden.

Das gut besuchte Treffen in Marienthal, so brachte es der Sprecher der Bürgerinitiative Ralph Riesenberg abschließend zum Ausdruck, habe deutlich gemacht, dass der Protest der Bürgerinnen und Bürger nicht erloschen ist. Auch in Zukunft wolle und werde die Bürgerinitiative seriös und faktenbasiert arbeiten und die Leute weiter kontinuierlich und aktuell über die Sachlage und die Vorhaben des Unternehmens Jasper Resources informieren.